

Calmer Tagblatt

Nr. 81.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 20 Hg.,
Reklamen 60 Hg. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Montag den 7. April 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 2,85 vierteljährlich, Postbezugspreis
im Orts- u. Nachbarortsviertel M. 2,76, im Fernverkehr M. 2,85, Bestellgeld 30 Hg.

Abflauen des Generalstreiks in Stuttgart. — Ausruf der Räterepublik in Bayern. — Das Räteystem in der Reichs-Verfassung.

Die amtliche Mitteilung der Staatsregierung vom Sonntag abend.

Stuttgart, 6. April, abends 8.30 Uhr. (Amtlich: Mitteilung der Staatsregierung). In Stuttgart vollständige Ruhe. Der schon gestern teilweise aufgenommene Straßenbahnverkehr wurde heute auf weitere Linien ausgedehnt. — Eßlingen wurde, weil die Bestimmungen des Belagerungszustandes nicht eingehalten wurden, 5.30 Uhr früh durch eine stärkere Abteilung der Sicherheitstruppen besetzt. Es wurden Waffen und Munition gefunden und verschiedene Verhaftungen vorgenommen. Die von der „Eßlinger Volkszeitung“ gebrachte und von der „Schwäb. Tagwacht“ gestern übernommene Mitteilung, daß von der E.R. 3000 Handgranaten in die Menge geschleudert worden seien, ist falsch, die Handgranaten wurden von Spionagen geworfen. — In Nürtingen wurde die Streikleitung aufgefordert, die vor einigen Tagen der E.R. Neutlingen abgenommenen Waffen bis zum 6. April, vormittags 10 Uhr, wieder herauszugeben, widrigenfalls Nürtingen besetzt würde. Die Waffen wurden darauf restlos zurückgegeben. — Nach Schorndorf und Gerabronn wurden wegen drohenden Milchstreiks Sicherheitstruppen geschickt. — Die Milchproduzenten des Remstales, die durch einen Vertreter an die Regierung die Forderung zur Erhöhung des Milchpreises auf 50 Pfennig gestellt und in einer der Menschlichkeit hohnsprechenden Weise gedroht hatten, daß vom Sonntag ab ohne Rücksicht auf Kinder und Kranke die Milchlieferung eingestellt werde, wenn diese Forderung nicht erfüllt werde, wurden aufs dringendste aufgefordert, in diesen Zeiten, in denen um Ruhe, Ordnung und Arbeitsmöglichkeiten und um den Frieden und damit um die Existenz unseres Volkes gerungen wird, sich nicht durch Agitatoren zu Taten hinreißen zu lassen, die unabsehbaren Schaden für unser ganzes Volk nach sich ziehen würden.

Die Lage in Eßlingen.

Eßlingen, 6. April. Hier sind heute früh die Streikführer verhaftet worden. Die Stadt, in der alles ruhig ist, ist in der Hand der Regierungstruppen. Zur Sicherheit ist auf der Neckarhalbe Artillerie aufgestellt.

Organisation und Zweck des Abwehrstreiks.

Vertreter der Organisationen von Handwerk, Gewerbe, Kaufleuten, Handel, Industrie, staatlichen, städtischen und Privatbeamten, Ärzten, Apothekern, Rechtsanwälten, Architekten, Künstlern und sonstigen freien Berufen hatten beschlossen, gegenüber dem von einem kleinen Teil der Arbeiterschaft erzwungenen, verderbbringenden Generalstreik zum Abwehrstreik aufzufordern. Alle Angehörigen dieser Erwerbs- und Berufsgruppen schlossen sich an. Es wurden folgende Forderungen an die Staatsregierung gestellt: 1. Ordnung, Sicherheit und Arbeitsmöglichkeit. 2. Aufrechterhaltung aller lebenswichtigen Betriebe, insbesondere für Gas, Wasser und Elektrizität. 3. Ungehinderte Betriebsfähigkeit der Verkehrseinrichtungen, Straßenbahn, Eisenbahn, Post, Telegraphen und Fernsprecher. 4. Gesicherte und regelmäßige Zufuhr aller notwendigen Lebensmittel, insbesondere der Milch für Kinder, Kranke und Greise. 5. Gerechte und tatkräftige Durchführung der bestehenden Gesetze. 6. Gleiches Recht für alle! Garantie für persönliche Freiheit in jeglicher Beziehung. 7. Gesetzgeberische Gewalt der Regierung und der durch Mehrheitswillen erwählten Volksvertretung. Der Abwehrstreik sollte zugleich ein uneingeschränktes Bekenntnis zum Volksstaat und eine Vertrauenskundgebung für die Regierung sein, die diese Forderungen voll und ganz erfüllt. Es wurde als Ehrenfache der Arbeitgeber aufgefaßt, daß alle Arbeiter und Angestellten, die infolge des Abwehrstreiks zum Feiern veranlaßt werden, unverkürzte Bezahlung erhalten.

Ausrufung der Räterepublik in Bayern.

München, 7. April. Die „Korrespondenz Hoffmann“ meldet amtlich: Telegramm an sämtliche Arbeiterräte! Das werktätige Volk Bayerns hat seine Parteien überwinden und sich zu einem mächtigen Einheitsblock gegen jede Herrschaft und Ausbeutung zusammengeschlossen. Es übernimmt in den A., S. und B.-Räten die ganze öffentliche Gewalt.

Der Landtag wird aufgelöst. An die Stelle der Minister treten die Beauftragten und Kommissare des Volks. In den öffentlichen Angelegenheiten herrscht vollkommene Ordnung. Die Wirtschaft und die Verwaltung wird fortgeführt. Alle Angestellten- und Beamtenverbände des Landes haben sich mit den Arbeiterräten solidarisch erklärt und gewährleisten gemeinsam den Schutz und den Fortgang der Produktion. Die Betriebe werden durch Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten kontrolliert und gemeinsam mit der Leitung verwaltet. Alles gehört der Gemeinschaft; darum ist jede selbständige Sozialisierung ausgeschlossen. Die A., S. und B.-Räte haben die Pflicht, überall für den Schutz der Räterepublik und die ruhige Entwicklung zu sorgen. Sie übernehmen die örtliche Gewalt und kontrollieren die Verwaltung. Sie sind dem werktätigen Volk für alle Handlungen und Unterlassungen verantwortlich. Montag, den 7. April, ist Nationalfeiertag; die Arbeit ruht an diesem Tage. Die Eisenbahnen, das Nahrungswesen, Licht- und Heizbetriebe versorgen das Volk weiter. Der revolutionäre Zentralrat Bayerns: J. A. Niekisch.

Die bayerischen Mehrheitssozialisten gegen die Räterepublik.

Nürnberg, 6. April. Eine außerordentliche bayerische Landeskongress der sozialdemokratischen Partei, die am 6. April im Künstlerhaus in Nürnberg tagte, hat sich mit 42 gegen 8 Stimmen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Einführung der Räterepublik im Volksstaate Bayern erklärt.

Studentenräte an den Universitäten und Hochschulen in Bayern.

München, 7. April. Der Zentralrat geistiger Arbeiter veröffentlicht durch die „Korrespondenz Hoffmann“ einen Erlass, in dem es heißt: Die Studentenschaft der Universität München hat Sonntag Nachmittag in einer Versammlung des allgemeinen Studentenausschusses der Universität beschlossen, den bisherigen Senat als enthoben zu erklären und die Verwaltung usw. der Universität einem Studentenrat zu übertragen, dem ein Fachbeirat von Universitätsprofessoren beigegeben wird. Hiermit ist die erste Revolution der geistigen Arbeiter in Bayern in die Wege geleitet. Die Studentenausschüsse der Technischen Hochschule und der Handelshochschule in München, sowie der Universitäten in Erlangen und Würzburg sind vom Zentralrat geistiger Arbeiter aufgefordert worden, in gleicher Weise vorzugehen.

Generalstreik im rheinisch-westfälischen Industriebezirk.

Essen, 6. April mittags. Der Zentralrat teilt entgegen anders lautenden Meldungen mit: Bis jetzt stehen von den Bergwerken des rheinisch-westfälischen Industriegebiets 221 Zechen mit 372 000 Bergarbeiter im Generalstreik. Die gesamte Arbeiterschaft des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks, von dessen Stromnetz die Licht- und Kraftversorgung aller umliegenden Städte des Ruhrgebiets abhängig ist, hat sich dem Generalstreik gestern angeschlossen. Für die Versorgung der öffentlichen Anstalten und der Krankenhäuser mit Licht und Kraft hat die Generalstreikleitung die entsprechend eingeteilte Aufrechterhaltung des das aller notwendigste eingeschränkten Betriebs als Notstandsarbeit zugestanden. Die Angestellten der Essener Straßenbahn haben sich ebenfalls dem Generalstreik angeschlossen. Der gesamte weitverzweigte Betrieb ruht. Sämtliche Streikenden haben sich mit den Forderungen der revolutionären Bergarbeiter solidarisch erklärt.

(Anmerkung: Die Nachricht aus Essen, daß die Arbeiter des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks die Arbeit wieder aufgenommen haben, ist unrichtig.)

Die Streiklage im Ruhrgebiet.

Berlin, 6. April. Die Streiklage im Ruhrgebiet ist ziemlich unverändert. Am 3. April hätten 375 300 Mann einfahren sollen, es fehlten 215 700, am 4. April von 236 Schichtanlagen 194. In der Morgenschicht des 4. April sollten einfahren 212 800, es fehlten 142 200. — Einzelne Werke der Metallindustrie mußten wegen Mangels an Kohlen, Gas und Elektrizität still gelegt werden. Krupp

ist seit heute morgen vollständig in den unbefristeten Generalstreik eingetreten.

* In Stuttgart ist am Samstag das wirtschaftliche Leben wieder aufgenommen worden. Die Regierung hatte am Freitag mit den Führern des Abwehrstreiks verhandelt, und schließlich erreicht, daß der Verkehr seitens des Bürgertums und der Beamten wieder aufgenommen wird, obwohl man sich grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt hatte, daß zuerst der Generalstreik beendet werden müsse. Immerhin aber scheint es doch soweit gekommen zu sein, daß in vielen Betrieben, so auch bei Daimler, heute die Arbeit wieder aufgenommen wird. Die Regierung hat ihre Abwehr- und Eindämmungsmaßnahmen jetzt auch eingestellt. Von heute ab ist der Post-, Telephon-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr wieder in vollem Umfang aufgenommen worden. In Stuttgart scheinen von den Arbeitern öffentlicher Betriebe nur noch die Gaswerksarbeiter Streikluft zu haben, die von dem Unabhängigen Engelhardt verhebt worden sind. Die Stadtverwaltung hat ihnen im Falle der Fortsetzung des Streiks mit Entlassung gedroht. Die Regierung hat die Behörden aufgefordert, Fälle von Unruhen und Gewalttätigkeiten, deren sie mit ihren Kräften nicht Herr werden können, sofort nach Stuttgart zu melden, da die Regierung jeder Zeit in der Lage ist, die erforderliche Truppenmacht in die gefährdeten Bezirke zu schicken. Wir wollen hoffen, daß die Arbeiter, die sich wieder von unverantwortlichen Hege in einen nutzlosen Streik haben drängen lassen, der von den Hintermännern lediglich zu Putsch gegen die Regierung benützt wurde, doch bald einsehen, daß sie bei einer ruhigen Entwicklung der sozialen Auseinandersetzungen viel weiter und sicherer vorwärts kommen, als durch Streiks und die damit verbundenen unvermeidlichen Gewalttätigkeiten.

In München ist gestern die richtige und allein festmachende Räterepublik ausgerufen worden. Die Herrschaft haben die Unabhängigen und Kommunisten. Was sie erstreben, hat in einer Massenversammlung des „Proletariats“ am Samstag der Minister Unterleitner, der Führer der Unabhängigen, angeführt. Er sagte, dem Weltkrieg sei der gigantischste Klassenkampf gefolgt, den die Weltgeschichte je erlebt habe. Die Bewegung sei aber noch nicht zu Ende. Jetzt solle die Räterepublik kommen und der Sozialismus verwirklicht werden. Bayern werde den Anstoß zu der neuen Bewegung geben und werde in Deutschland voranzugehen mit dem Bestreben in der Einigung des gesamten Proletariats. In Bayern gebe und dürfe es keinen Moske geben. Es sei in Bayern keine Weiße Garde und es solle jetzt eine Rote Garde geschaffen werden. Der Anfang wurde schon rein äußerlich gemacht, indem das 1. Infanterieregiment, sonst „König“, seine Kasernen „Rurt-Eisner-Kaserne“, das 2. Infanterieregiment, sonst „Kronprinz“, zu seine „Liebknecht-Kaserne“ getauft hat. Am Samstag hatte der Zentralrat der A. u. S.-Räte Münchens, der vollständig im radikalen Sinne zusammengesetzt ist, sämtliche Arbeiter, Angestellten und Beamtenausschüsse, die Betriebsräte und die Delegierten aller politischen Verbände zusammenberufen, zwecks Besprechung der Lage. Es ist klar, daß die ganze Veranstaltung rein radikalen Charakter trug. Der Soldatenrat Klingelhöfer sagte, heute sei der Zeitpunkt, wo der Kommunismus und Sozialismus siegen. Sie seien das Ziel und die politische Form des zukünftigen Lebens. In München seien Versuche gemacht worden, ein Koalitionskabinet mit dem Zentrum und den bürgerlichen Parteien zu bilden. Hand in Hand damit sei die Einberufung des Landtags gegangen. Der Zentralrat habe durchgesetzt, daß beide Absichten vereitelt worden seien. Auf Grund der aus dem ganzen Land einlaufenden Nachrichten sei beschlossen worden, die Räterepublik zu erklären. Bezüglich der Sozialisierung erklärte der Redner, daß eine sog. Sozialisierung, d. h. eine Ueberführung der Betriebe in das Eigentum der in den Betrieben tätigen Arbeiter oder Angestellten unmöglich sei, weil es den Grundsätzen des Sozialismus und Kommunismus widerspreche. Natürlich wurde auch ein phantasieroller Ausflug ins Gebiet der Außenpolitik gemacht. Wenn von Bayern, Deutschland und Ungarn zusammen mit Rußland aus das Zeichen zur Aufrichtung einer neuen Sittlichkeit gegeben werde, dann sei kein Hoffen mehr. Man könnte ob dieser Tragikomödie lachen, wenn sie nicht einen so düsteren Hintergrund hätte. In Deutschland jagen fanatische Phantasten einem neuen

Menschenziele nach, in Paris aber werden die Bedingungen geschmiedet, die für ewige Zeiten dieses Deutschland zum Arbeitsklaven der Ententevölker machen soll, nachdem man es mit dem Odium der Schuld am Kriege belastet hat. Wenn aber von München aus heute stolz die Räterepublik ausgerufen wird, indem man sich auf den „Willen der Mehrheit des klassenbewußten Proletariats“ beruft, so muß demgegenüber auf die Stimmen aus der Provinz hingewiesen werden, wo man gar nicht geneigt ist, sich die Diktatur Münchens aufzwingen zu lassen. Erstens haben die Mehrheitssozialisten des Landes sich gegen die Räterepublik ausgesprochen, und zweitens sind Absagen von verschiedenen Stellen des Landes eingegangen. Man droht mit der Gründung einer Republik Nordbayern und dem Anschluß Frankens an Württemberg. Die Nürnberger Sozialisten haben sich ebenfalls gegen die Räterepublik ausgesprochen, und sie haben von ihren Anhängern verlangt, daß sie jede Übernahme von Regierungs- und Verwaltungsstellen ablehnen, und damit die volle Verantwortung denen überlassen, die der bisherige Regierung eine geordnete Fortführung der Geschäfte ermöglichen.

Es scheint, daß die Radikalen in ganz Deutschland mächtig zu einem großen Schlag ausholen wollen. In Berlin ist heute wieder ein Mätkongress zusammengetreten, von dem man erwarten darf, daß er in der nächsten Zeit in der Provinz nachwirken wird. In der Provinz sind die Arbeiterbewegungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte Deutschlands mitzuwirken. Es werden Betriebs- und Bezirksarbeiterräte, sowie ein Reichsarbeiterrat geschaffen. Somit wären doch Sicherheiten für die Arbeiter geboten, deren Erreichung man sich niemals vorher hat träumen lassen. O. S.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Der Friede bis Ostern gereift?

Paris, 5. April. Havas. Im diplomatischen Situationsbericht heißt es, daß sich in unterrichteten Kreisen immer mehr die Meinung festsetzt, daß der Vierer in Kürze zu endgültigen Beschlüssen kommen werde. Man weist darauf hin, daß Wilson sich einer Washingtoner Meldung zufolge nach dem 20. 4. nach den Vereinigten Staaten einschiffen will. So kann damit gerechnet werden, daß der Friede bis Ostern gereift sei. Bereits scheint die deutsch-französische Grenzfrage geregelt zu sein und es steht nur noch die Frage der Adriaküste offen. Aber auch hier dürfte eine Lösung rasch erfolgen. Dann bleibt nur noch das Entschädigungsproblem zu lösen. Hier herrscht von je her keine Einstimmigkeit, aber Frankreich stütze sich auf sein gutes Recht und sei fest entschlossen, von Deutschland die Wiedergutmachung der erlittenen Schäden zu verlangen. Dieses Argument komme zur Geltung und die Meinungsverschiedenheiten münderten sich. An dem Tage, wo auch hier Einstimmigkeit herrsche, werde man nicht mehr weit vom Vorbestimmten entfernt sein.

Verständigung über die Landung der polnischen Truppen in Westpreußen.

Berlin, 4. April. Die deutsche Waffenstillstands-Kommission teilt mit: Das Abkommen über die Frage des Durchzugs polnischer Truppen durch deutsches Gebiet ist heute Abend 7 1/2 Uhr vom Reichsminister Erzberger und Marschall Foch in Spaa unterzeichnet worden. Die Bedeutung des Abkommens liegt darin, daß eine Landung in Danzig nicht stattfindet. Statt dessen werden die Hallerschen Truppen über die folgenden, von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Linien transportiert: 1. von Stettin über Kreuz, Richtung Posen—Warschau, 2. von Pillau, Königsberg und Memel über Kortschen—Egk—Grasewo, 3. über Koblenz, Gießen, Kassel, Halle, Eilenburg und über Frankfurt a. M., Bebra, Erfurt, Leipzig, Eilenburg, dann weiter über Kotibus, Lissa, Ralsch. Die deutsche Regierung gewährleistet die vollkommene Sicherheit dieser Transportwege. Auf der Gegenseite werden Maßnahmen ergriffen werden, damit die auf dem Transport durch deutsches Gebiet befindlichen Truppen alles unterlassen, was Unruhe in der Bevölkerung hervorrufen könnte. Die Transporte werden gegen den 15. April beginnen und ungefähr zwei Monate dauern. Die zu befördernden polnischen Truppen sind für die Aufrechterhaltung der Ordnung gemäß Artikel 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. Nov. 1918 bestimmt.

Was sich Deutsche heute gefallen lassen müssen.

Beim Ausladen amerikanischer Lebensmitteldampfer hatte ein Arbeiter trotz des Verbotes zum Tragen der gefüllten Mehlsäcke Sackhaken verwendet, worauf er von einem amerikanischen Matrosen einige Schläge ins Gesicht erhielt. Der Arbeiter setzte sich zur Wehr, wurde aber von einem zweiten Matrosen durch Vorhalten eines Revolvers am Widerstand gehindert. Mehrere hundert Arbeiter traten infolgedessen in den Auslastung und verlangten die Bestrafung der amerikanischen Matrosen. Nach eingehenden Verhandlungen haben die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Frangösische Textilwaren in Deutschland angeboten.

Auf dem Umweg über Straßburger und andere elsässische Häuser werden Baumwoll- und Seidenwaren aus Frankreich angeboten. Die Ware, auf der große Zwischen-

Amliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Verbot der Ausfuhr jeglichen Nutz-, Zucht- und Schlachtviehs aus dem Oberamtsbezirk Calw.

Da die Aufbringung des notwendigen Schlachtviehs und die Fleischversorgung des Bezirks in letzter Zeit äußerst schwierig geworden ist, wird mit sofortiger Wirkung die Ausfuhr von sämtlichem Nutz-, Zucht- und Schlachtvieh aus dem Oberamtsbezirk verboten. Eingeschlossen in dieses Verbot ist die Ausfuhr von lebenden oder geschlachteten Kaulschafen, Ziegen, Rindern, Hühnern, Enten, Gänsen und Tauben.

Das Verbot gilt auch für sämtliche genehmigten Nutzviehhändler und für die Wandergewerbetreibenden. Sämtliche Gemeinden und Polizeiorgane werden beauftragt dieses Verbot strengstens zu überwachen. Calw, den 3. April 1919. Oberamtmann: G. S.

gewinne sind, wird dann nach dem unbefestigten Gebiet geschmuggelt. Den Käufern rät die Frankfurter Ztg., sie sollen beachten, daß aller Voraussicht nach schon sehr bald wesentlich billigere Waren über Holland aus England eintreffen werden; denn es sei allgemein bekannt, daß die britischen Lager überfüllt seien und wie die Baumwollindustrie Lancashire unter Absatzmangel leiden.

Der „Pöbel“ in Ägypten.

London, 4. April. Der meldet aus Kairo vom 25. März: General Kitchener ist angekommen und hat in aller Form das Amt eines Spezial-High-Commissioner angetreten. — Der Bericht vom 25. März sagt, daß alle Eisenbahnlinien zwischen Kairo und Alexandria und den Kanalstädten wieder frei sind. Am 21. März griff der Pöbel das Wohnviertel von Port Said an. 23 Personen wurden dabei von den Truppen getötet. Der Streik ist beendet. In der nördlichen Provinz wurden zwei Eisenbahnzüge vom Pöbel angegriffen und umzingelt. Die Truppen feuerten, wobei 100 Personen getötet wurden. Aus der Westprovinz nichts Neues. In Kairo herrscht Ruhe. Eine Ersatzabteilung hat Assuit erreicht. Der kommandierende Filtrier berichtet, daß die Lage befriedigend sei. — Der „Pöbel“ ist das ägyptische Volk, das sich von den Engländern nicht unterdrücken und austauben lassen will.

Deutschland.

Aus Ludendorffs Rechtfertigungsschrift

teilt ein Schriftleiter der in Essen erscheinenden Zeitung „Das freie Wort“ im Anschluß an eine Unterredung mit dem ehemaligen Generalquartiermeister einiges mit. Den 8. August 1918 nennt Ludendorff den schwarzen Tag in Deutschlands Geschichte. Sechs bis sieben Divisionen wurden in den Nebel von Tanks überannt. Die Niederlage der 2. Armee wurde rückwirkend auf die 18. Armee und erschütterte die ganze Westfront. Die inneren Ursachen der Niederlage waren aber nicht etwa Tank und Nebel, Anspannung der Truppe, Grippe, Fehlen von Kartoffeln bei sehr einseitiger Nahrung, nein — der Geist der Truppe hatte versagt! Die Heimat hatte nicht genug aufgeklärt und die feindliche Propaganda tat ihre Schuldigkeit. Im Kronrat sprach sich darauf der General klar und bestimmt aus, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei. Trotzdem habe man es unterlassen, Parlament und Presse zu unterrichten. Um zu einem Frieden zu gelangen, wollte man die Vermittlung Hollands anrufen. In die Hochspannung des Westens trat Ende September der Abfall Bulgariens, das nach dem 8. August den Glauben an unseren Endsieg verloren hatte. Mit den Ereignissen in Bulgarien war der Zusammenbruch unserer Verbündeten unweigerlich verbunden. Sonntag, den 28. September, fand eine Besprechung zwischen Hingeb, Hindenburg und Ludendorff statt. Anschließend daran war Vortrag beim Kaiser. Ludendorff verlangte schnelles Handeln, was auch beschlossen wurde. Hätte er die Verhältnisse in Berlin damals klarer übersehen, insbesondere gewußt, daß sich der Bildung der neuen Regierung Schwierigkeiten entgegenstellen, so hätte er von vornherein, so wie es später geschehen ist, den Termin für die Abendung der Note fallen lassen.

Nach Eingang der Note Wilsons war Ludendorff zum ersten mal in Berlin und sprach den Reichskanzler. Ludendorff wies auf die überaus ernste Lage hin und legte dem Kanzler folgende Fragen vor:

1. „Ist das deutsche Volk gewillt, weiter zu kämpfen?“
2. „Wie schätzt die Regierung die von mir sehr ernst genommene Gefahr des Bolschewismus?“
3. „Ist die Ukraine für unsere Verpflegung notwendig?“

Die zweite Note an Wilson ging noch mit Einverständnis der Obersten Heeresleitung ab. Die darauf folgende Antwort Wilsons zeigte klar, daß er nicht mehr die Macht hatte, den Forderungen der Entente entgegenzutreten. Zur Beantwortung der Note rief der Kanzler den General Ludendorff wieder nach Berlin. Die große militärische Lage war unverändert. Im Westen war jedoch eine Festigung eingetreten, da die größten amerikanischen Angriffe beiderseits der Maas, die französischen Angriffe in der Champagne im wesentlichen abgeschlossen waren und die Angriffe in Flandern nur matt geführt wurden. Ludendorff hoffte wieder auf Besserung, allein durch das Aufgeben des U-Bootkrieges wurde der Weg der Kapitulation

bereitet. Hindenburg legte sofort Verwahrung dagegen ein und beantragte, das Volk aufzurufen. Die Regierung hatte sich aber auf die schlechte Ebene dauernden Nachgebens drängen lassen. Die dritte Antwort Wilsons gab der Obersten Heeresleitung in ihrer Auffassung recht. Es wurde immer klarer, daß die Gegner unsere Demütigung und Vernichtung wollten. Hindenburg und Ludendorff hatten keinen Zweifel, daß nun gekämpft werden müsse. Einige Monate konnten wir den Krieg noch halten. Da aber die Regierung nicht mehr zu kämpfen gewillt war, schrieb Ludendorff am 26. Oktober sein Abschiedsgesuch. Er fandte es aber auf Bitten Hindenburgs nicht ab. Erst als im Reichstag Angriffe gegen ihn erhoben wurden und er bei einer Unterredung mit dem Kaiser den Eindruck gewann, dessen Vertrauen nicht mehr zu besitzen, bat er um seine Entlassung, die ihm auch gewährt wurde.

Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß an die Nationalversammlung

Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß hat unter dem 13. März eine Rundgebung an die Nationalversammlung in Weimar gerichtet, deren wesentlicher Inhalt folgender ist. Die im Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß vertretenen Landeskirchen fordern: 1. Die Anerkennung der bestehenden Landeskirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts. Nur als öffentlich-rechtlicher Verband ist die Kirche in der Lage ihrer sittlich-religiösen und kulturellen, auch für das Staatsleben unentbehrlichen Aufgaben zu genügen. 2. Als öffentlich-rechtliche Körperschaften fordern die Landeskirchen insbesondere die Anerkennung der Sonntag- und Feiertage, den Schutz der Gotteshäuser und gottesdienstlichen Einrichtungen sowie die Anerkennung der Amtstellung ihrer Geistlichen. 3. Die Landeskirchen beanspruchen das Recht, ihre Angelegenheiten selbstständig zu ordnen und zu verwalten. Jeder Eingriff in die kirchliche Selbstständigkeit würde die Glieder der evangelischen Kirche in ihren wesentlichsten Grundrechten in einer mit der Würde eines freien Volkes nicht vereinbaren Weise beschränken. 4. Zur Sicherung ihres Bestandes, um der Gerechtigkeit Willen und zur Vermeidung schwerer wirtschaftlicher Schädigung weitester Volkskreise fordern die Landeskirchen ferner die Sicherung ihres Vermögensbesitzes und das Recht zum Vermögenserwerb, das Recht der Besteuerung ihrer Mitglieder und die Anerkennung, daß grundsätzlich die bisher geleisteten Staatszuschüsse nur gegen volle Entschädigung und nur im Einvernehmen mit den Kirchenbehörden abgelöst werden dürfen. 5. Die Landeskirchen erachten es für selbstverständlich, daß mit der im Verfassungsentwurf vorgesehenen Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften auch das Recht der Landeskirchen, sich untereinander zu einem öffentlich-rechtlichen Verband zusammenzuschließen, gewährleistet werden soll, sie wünschen aber dieses Recht zur Ausübung jedes Zweifels ausdrücklich verfassungsmäßig anerkannt zu sehen. 6. Ohne die Rechte anderer Religionsgemeinschaften schmälern zu wollen, müssen die Landeskirchen schließlich fordern, daß bei staatlichen Einrichtungen und Veranstaltungen, die eine einheitliche kirchliche Regelung nicht entbehren können, wie die Seelsorge für die Wehrmacht und in den öffentlichen Anstalten, der Arbeit der theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen, die geschichtlich begründeten Rechte der bestehenden Kirchen auch in Zukunft gewahrt bleiben. Ganz besonders gilt dies 7. von der Aufrechterhaltung des christlichen Charakters unserer Volksschulen. Die Landeskirchen fordern, daß unsere Jugend nach wie vor in den öffentlichen Schulen eine Erziehung erhält, die auf der Grundlage des Christentums beruht und christliche Bildung und Gesittung zum Ziele hat. Die Freiheit zum Unterricht in kirchlichen und privaten Schulen darf durch den Grundgesetz für die Bildung der Jugend durch öffentliche Anstalten genügend gesorgt werden soll. (Art. 31 Abs. 2 des Verfassungsentwurfs), nicht beeinträchtigt werden. Verschiedene Freistaaten haben für die Stellung der Landeskirchen ihres Hoheitsgebets bereits befriedigende Grundlagen geschaffen und die kirchlichen Rechte in ihrer Staatsverfassung anerkannt. Es kann nicht Aufgabe des Reichs sein, in diese Regelung einzugreifen. Wohl aber muß dem Reiche gegenüber für eine Regelung kirchlicher Fragen die Forderung erhoben werden, daß die in dieser Eingabe als Mindestmaß gekennzeichneten kirchlichen Rechte in der Verfassung des Reichs allgemein anerkannt werden.

Sprechsaal.

Torf.

Straßenmeister Bernhard Nagold schreibt uns: Bei gelegentlichem Durchlesen der Begleitworte zur geognostischen Spezialkarte von Württemberg, Atlasblatt Calw, vom Jahr 1839 finde ich u. a., eine Erwähnung über das Vorkommen von Torf wie folgt: Torf zeigt sich besonders in der Bruckmühl östlich Naislach. Der bauwürdige Platz ist 24 1/2 Morgen groß, wovon 7 Morgen ausgebeutet sind. Der übrige Moorgrund, der den Torf umschließt und mit Legforchen angelegt ist, umfaßt mindestens den gleichen Flächenraum. Im Jahre 1840 war der Ertrag des Ausstichs von 7 1/2 Ruthen 167 000 Stück Torf oder per Ruthen 22 000 Stück, mit einem Erlös von 255 fl. 30 kr., den Preis pro 1000 Stück zu 1 fl. 30 kr. bis 1 fl. 40 kr. berechnete. Die Mächtigkeit des Torfes beträgt 8 1/2 bis 10 1/2 (24 bis 3 Meter). Vielleicht verlohnt es sich, die Offenheit auf diese Tatsache hinzuweisen und eine Wiederaufnahme dieses Betriebs im Sinne der Notstandsarbeiten anzuregen. In Anbetracht der hohen Preise für Brennholz und des Mangels an sonstigen Brennstoffen wäre die Sache jedenfalls einer näheren Untersuchung wert.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 7. April 1919.

Zur Frage der Sozialisierung der Apotheken.

Heute ist mancher Apotheker, der sich seinen Verhältnissen über dem Umfang seines Geschäftes entsprechend, keinen Gehilfen leisten kann, ohne jede Ablösung die ganze Woche dienftbereit, und darf höchstens Sonntags auf einige Stunden die Apotheke verlassen. Nehmen wir wieder das hiesige Beispiel: Bei Zusammenlegung der beiden Apotheken hätten zwei Gehilfen neben dem Apothekenvorstand den Tag über vollaus zu tun, für den Nachtdienst müßte ein dritter Herr angestellt werden, damit entsprechend abgewechselt werden könnte. Es ist mir aber mehr als fraglich, ob mit drei Gehilfen ein solcher Betrieb geführt werden könnte. Es kommt nun noch dazu, daß bei der Ummenge von Arzneimitteln, welche in den Apotheken täglich in Mengen von $\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{1000}$ Gramm gebraucht werden, eine komplizierte Buchführung und Kontrolle ausgeübt werden müßte, welche eine Zahl von Beamten erfordern würde, die besten Falles mit einer „militaristischen“ Intendantur verglichen werden könnte, es sei denn, daß dem Apothekenvorstand ein Blankowechsel auf seine Ehrlichkeit ausgestellt würde. Auf der andern Seite darf bei objektiver Betrachtung aber auch nicht außer Acht gelassen werden, daß eine Verminderung der Arbeit einreten würde, dadurch, daß viele Artikel in einer Zentrale hergestellt werden könnten, und daß eine ganze Anzahl von Arzneimitteln, welche seither ohne ärztliche Verordnung in den Apotheken abgegeben werden, der sog. Handverkauf, aus der Apotheke verschwinden würden; denn wie wollte man die Abgabe der in Beträgen von 10 und 20 Z verkauften Waren buchen und kontrollieren, ohne den oben genannten Blanko-Ehrlichkeits-Wechsel? Dieser letztere Punkt, der sog. Handverkauf, führt zu zwei weiteren wichtigen Fragen, nämlich der Versorgung des Publikums mit tadellosen Arzneimitteln, und der Rentabilität der Staatsapotheke. Sämtliche Mittel der Apotheke, auch der Handverkauf, unterstehen der regelmäßigen, behördlichen Prüfung, und das Publikum hat die Garantie, in der Apotheke nur das Beste zu erhalten, und hat im Apotheker bei der Auswahl der sog. Hausmittel einen gewissenhaften Berater, ohne daß dieser sich damit, um einen diesbezüglichen Vorwurf gleich vorwegzunehmen, der Kurpfuscherei schuldig macht. Verschwindet der

Handverkauf aus der Apotheke, so geht er in die Hände der Drogen- und anderer Geschäfte über, welche bez. der Güte der Mittel einer staatlichen Aufsicht nicht unterliegen (dies ist bei einem der Mittel heute schon der Fall), und das arzneibedürftige Publikum hat nicht die Garantie, daß es dieselbe tadellose Ware erhält, welche es aus der Apotheke beziehen kann.

Die wichtigste Frage ist meines Erachtens die Rentabilitätsfrage; denn ein Betrieb, der nicht rentiert, wird wohl kaum für die Sozialisierung in Betracht kommen. Wenn aber der Handverkauf aus der Apotheke verschwindet, so ist keine Apotheke mehr rentabel. Die Einnahmen, die der Apotheker von heute aus der Rezeptur — den lediglich auf ärztliche Verordnung abgegebenen Mitteln — hat, sind bei weitem nicht derartig, daß eine, nur auf diese angewiesene Apotheke lebensfähig sein kann. Der Apotheker muß heutzutage, wenn er etwas verdienen will, den Handverkauf pflegen. Wollte man aber den Handverkauf der Apotheke vorbehalten und verordnen — und dies wäre ja mit einem Federstrich getan —, daß auch die Handverkaufsartikel nur auf ärztliche Verordnung abgegeben werden dürfen, so würden sich nicht nur die Drogengeschäfte dagegen wehren, und wohl nicht mit Unrecht, es würden sich aber auch die Ärzte dafür bedanken, jedem Ihrer Patienten z. B. jede Schachtel Vorsalbe und jedes Paket Brusttee verschreiben zu müssen. Dafür würde sich aber auch das Publikum bedanken; denn dann müßte es vor dem Apothekergewinnzimmer Polonaise stehen, wie vor dem Bankier, und außerdem: Jedes in der Apotheke verkaufte Mittel kostet Geld! Dieses Beispiel zeigt, daß die Sozialisierung bei der Staatsapotheke die Unmöglichkeit ist, und beweist zugleich, daß die Staatsapotheke niemals rentieren wird.

Ich habe vielleicht etwas zu früh von der Staatsapotheke gesprochen. Die Sozialisierung läßt zwei Möglichkeiten zu: die Staatsapotheke und die Kommunalapotheke. Daß die Staatsapotheke nicht in Betracht kommen kann, glaube ich in Vorstehendem schon bewiesen zu haben. Sie wird einen zu großen Apparat erfordern, und wird niemals rentabel sein.

Kommt noch in Betracht die Kommunalapotheke, im Besitze der Gemeinde, oder der Amtskörperschaft. Der Regiebetrieb hätte in diesem Falle die gleichen Nachteile, wie der Staatsbetrieb, und außerdem käme

der Apotheker in eine Abhängigkeit von Gemeindef- oder Kommunalbehörde, welche der Kriecherei und der Betterleswirtschaft Tür und Tor öffnen würde. Ich will gar nicht davon reden, daß gerade durch die Revolution diesen Betterles- und Günstlingswirtschaften ein Ende hat gemacht werden sollen.

Es könnte nun noch die Verpachtung in Frage kommen. Diese hätte manche Nachteile der Staats- und Kommunalapotheke nicht. Die Apotheke könnte betrieben werden, wie seither; der Apotheker könnte sich als Geschäftsmann betätigen — oder auch nicht — und müßte sehen, wie er die Pacht herausbringt. Der Handverkauf könnte in der Apotheke bleiben, ja er könnte sich sogar heben; denn es läge im Interesse der Kommunen, daß die freiverkäuflichen Mittel möglichst beschränkt würden. In diesem Falle müßte mit einem starken Widerstande der Drogisten gerechnet werden; denn diese zahlen der Kommune und dem Staat oder Reich auch ihre Steuer, und werden sehen, daß sie bei der Sozialisierung so viel wie möglich für sich heraus schlagen. Ich halte auch den Weg der Verpachtung der Apotheken nicht für gangbar.

Es hat den Anschein, als ob Württemberg gerade mit der Sozialisierung der Apotheken vorangehen will, obgleich nach meinen Informationen die Regierung noch keine Ahnung hat, wie diese gemacht werden soll. Die ganze seitherige Apothekengesetzgebung war reichsgesetzlich geregelt, und ich halte es für falsch, hierin eine Aenderung einleiten zu lassen. Wenn sozialisiert werden soll, so mag dies auf reichsgesetzlichem Wege geschehen! Ich halte es nicht für nötig, daß gerade die württembergischen Apotheker das Versuchslaninchen abgeben sollen. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß, wenn sozialisiert werden soll, so mögen erst die Betriebe daran kommen, die es übertragen können: die Kohlen- und Erzgruben, Hüttenwerke, und Betriebe, welche große Kriegsgewinne gemacht haben usw. Wenn dann der Zukunftsstaat an diesen Betrieben viel Geld verdient hat, dann mag an die Sozialisierung der Kleingewerbebetriebe, und damit auch der Apotheken gegangen werden.

Vorkünftig halte ich die Sozialisierung der Apotheken für einen Versuch am untauglichen Objekt!

(Schluß.)

Th. Hartmann.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seilmann, Calw. Druck und Verlag der A. Hülshager'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.



Die auf Lebensmittelkarte Nr. 120 bestellten Teigwaren können gekauft werden. Auf einen Anteil entfallen 2 Pfd. Der April-Zucker und der Einmach-Zucker kann gekauft werden.

Die Ausstellung der Fleischbezugscheine für Wirte usw.

Erfolgt gegen Ablieferung der von den Gästen eingenommenen Fleischmarken am

Freitag den 11. April 1919

Während der üblichen Sprechstunden auf dem Oberamt.

Die bisherigen Bezugscheine sind mitzubringen.

Nachzügler können nicht berücksichtigt werden.

Calw, den 5. April 1919. Oberamtmann Gös.

Fleischbestellung u. Markenablieferung.

Der Fleischbedarf für die Zeit vom 14. April bis 18. Mai d. J.

ist mittelst des auf diese Zeit lautenden Fleischbestellkartenabschnittes spätestens bis

Samstag den 12. April d. J.

bei den Metzger zu bestellen.

Die Ablieferung dieses Bestellkartenabschnittes sowie der Fleischmarken samt Quittungen durch die Metzger hat auf dem Oberamt zu erfolgen, und zwar:

für die Metzger der Stadt Calw am Montag den 14. April, vormittags;

für die Metzger der Ortsgemeinden

A-M Montag den 14. April, nachmittags,

N-Z Dienstag den 15. April, nachmittags.

Schlachtscheine sind mitzubringen.

Calw, den 5. April 1919. Oberamtmann Gös.

Gewerkschaft „Heilaglück“ Neubulach

Am 1. April 1919 hat die Gewerkschaft „Heilaglück“ Sitz Neubulach, nach erfolgter Verleihung des Bergwerksrecht (Calwer Tagblatt Nr. 107 vom 8. Mai 1918), die Vorarbeiten für den Abbau des Halbenmaterials begonnen.

Es wird hierdurch allen Bewohnern des Oberamts Calw zur Kenntnis gebracht, daß das Betreten der Schächte und Gruben ohne Erlaubnis der Gewerkschaft verboten ist.

Erlaubniskarten zum Betreten des Geländes sind auf dem Büro der Gewerkschaft in Neubulach anzusprechen. Für alle Unfallsfälle und Schäden übernimmt die Gewerkschaft keine Haftpflicht.

J. B. des Repräsentanten:

Kaufmännischer Leiter: Kurt von Borcke, Hauptmann a. D.

Ein 2/3-jähr. Fohlen,

Rapp-Wallachen, sowie einen großen und einen kleineren

Britschenwagen, 1 gebrauchten

Leiterwagen, 2 neue Leiterwagen

hat zu verkaufen Chr. Stürner.

Oberreihenbach.

Eine junge

Rug- und Schaff-Ruh

verkauft.

Benjamin Mohr.

Gestern in Hiesiger Anlagen

Schirm stehen gelassen.

Gegen Belohnung abzugeben

Schloßstr. 675 II (Vorstadt)

Eine Ziege samt einem Jungen

verkauft

K. Fliß, Steinhauer, Althengstett.

Altbulach.

2 schöne, hornlose

Ziegen mit Jungen

hat zu verkaufen.

J. Reutter, Rüfer.

Vaterländische Pflicht

jedes wahrhaft deutsch gesinnten ist es:

seinen eigenen Betrieb in Gang zu halten, möglichst zu vergrößern; andere Betriebe durch Erteilung von Aufträgen zu beschäftigen.

Nur ein Handinhandarbeiten der gesamten deutschen Geschäftswelt kann den Niedergang verhindern und den Aufschwung herbeiführen. Die heimgekehrten Krieger haben ein Anrecht auf Arbeit. Der allgemeine Wahlspruch muss lauten:

Und jetzt erst recht!

Efringen. Sehe eine fünfjährige hellbraune

Stute (Herr und Bauer) unter jeder Garantie dem Verkauf aus.

Jacob Huisel.

Ueberstandener Grippe folgt

starker Haarausfall, bestes Gegenmittel ist Dr. Brunner's

Birken- u. Brenn- nessel-Wasser,

zu haben bei

Friseur Witz, Marktplatz.

Damen-Mädchen-Bekleidung **C. Berner**
Mäntel, Kostüme, Tailleurkleider, Röcke, Blusen.
Morgen-Röcke, Morgen-Jacken u. Unterröcke. **Forzheim,** Ecke Metzger- u. Blumenstr.

Pforzheim, den 5. April 1910.
 Statt jeder besonderen Anzeige.
Todes-Anzeige.
 Schmerz erfüllt teilen wir Freunden und Verwandten mit, daß unser lieber, guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Hans
 im Alter von nahezu 21 Jahren nach schwerem, mit größter Geduld ertragenem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.
 Um stille Teilnahme bittet
 im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
 der Vater: **Nich. Starzmann, Prediger.**
 Beerdigung findet am Dienstag, den 9. ds. Mts., mittags 2 Uhr, in Pforzheim, von der Leichenhalle aus statt. Trauerhaus: Kaiser Friedrichstr. Nr. 133.

Jüngerer Fräulein
 sucht baldigst Stelle,
 als Stütze in gute Familie.
 Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.
 Ein jüngerer
Knecht
 oder kräftiges
Dienstmädchen
 für sofort gesucht. Gute Behandlung zugesichert.
Paul Rau, Gärtnerei
 Birkenfeld D.-M. Neuenbg.

Moderne Hausmusik
 Gitarre- und Laute-Unterricht.
 Kurse in 20 halben Stunden.
Paul Olpp, Telefon 92.

Arbeit das Gebot der Stunde.

Sommerl. Zimmer
 möglichst am Walde per 1. Mai zu mieten gesucht.
 Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.



Tauche-Pumpen
 Patent-Eisene, beste und zuverlässigste Pumpe,
Tauchehahnen, Taucheschöpfer
 empfiehlt
Emil Retter, Weilderstadt
 Reparaturen sämtlicher Geräte und Maschinen werden prompt und sachgemäß erledigt.

Neubulach.
Geschäftsempfehlung.
 Der verehrlichen Einwohnerschaft von Neubulach und Umgebung mache ich die höfliche Mitteilung, daß ich ein
Flaschner-Geschäft
 eröffnet habe. Ich empfehle mich in
Bauflaschnerei und in der Ausführung sämtlicher Reparaturarbeiten.
Sämtliche Haushalts-Artikel.
 Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine werthe Kundschaft stets auf das Beste zu bedienen und bitte um geneigten Zuspruch.
 Hochachtungsvoll
Wilhelm Fischer, Flaschner.

Geschäfts-Verlegung und Empfehlung.
 Einer werthen Kundschaft von Stadt und Land mache ich die ergebenste Mitteilung, daß ich mein
Geschäft von der Lederstraße in die Stuttgarterstraße verlegt
 habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine werthe Kundschaft in
Maßarbeit u. Reparaturen
 gut und reell zu bedienen und bitte höflich um geneigten Zuspruch.
 Hochachtungsvoll
Karl Fischer, Schuhgeschäft, Calw.

Gold u. Silber
 jedes Quantum zu kaufen gesucht.
 Angebote unter F H 2896 an das Kontor ds. Bl. erb.

Rauchkasten
 praktisches Modell in sauberer Ausführung empfiehlt
Carl Dongus
 Flaschnerei
 Deckenpfronn.

Grundstück
 (evtl. mit Haus) in sonnig geschützter, warmer, wald- und blütenreicher Bruchlage, für
Groß-Bienenzucht
 geeignet, zu kaufen gesucht.
 Angeb. an die Geschäftsst. d. Bl.

Einöde Areal auch mit Gebäude 15-25 Morg. a. stark. Quellwasserbach, alt. Sägemühle, f. Fischzucht zu kaufen gesucht.
 Angebote befördert die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gruis Augenwasser
 Seit anno 1785
 bewährt bei roten, tränenreichen Augen, schmerzhaften, nach dem Schlafen verklebten Augenlidern, chronisch-entzündlichen Augen (Blennorrhoe) oder angelegten Augen (Klumpen) etc.
 Zu haben in den Apotheken M. 2.50 die Flasche.
Jao. Friedr. Gruis, Heilbronn a. N.

Garten-Sämereien:
Stechbohnen, Stechzwiebel, Runkeln, Ekenbörfer, Feld-Rüben, sowie Speise-Mai-Rüben, Spargel und Senfsaat.
 Als Grünfütter, **Grasamen** für Rasen- und Biergärten billigt
Geschw. Deutsche, Lederstr.
 Ein sehr guterhaltenes
Wirtschaftsbüffet
 mit Eiskasten und ganzem Zubehör sofort zu verkaufen.
 Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.
Gasthof, Hotel
 oder Fremdenpension von tüchtigen Eheleuten zu übernehmen gesucht. Ang. unter Sch. 2 an die Geschäftsst. d. Bl.

Bestes Dörrroß
 kaufe ich jedes Quantum: Apfel, Birnen, Nuzeln zu M. 4.50; Schnitz- u. Zwetschgen oder Kirschen gleichmäßig gem. z. M. 4.60; Zwetschgen oder Kirschen allein zu M. 4.70 per Pfund, Netto-Gewicht, sofortige Kasse, Verpackung frei, Postpaket franko, per Bahn ab dort. Die Ware kann sofort an mich zum Versand gelangen und zwar falls Bahnversand per Eilgut. Bei Lieferung von mindestens 1 Str. franko Stuttgart bezahle ich 10% mehr.
Robert Hallmayer, Großhdlg.
 Stuttgart, Telefon Nr. 546. Aufkaufsberechtig.

Sämtliche
Haararbeiten
 fertigt rasch und billig
J. Obermatt Friseurmeister
 Calw.

Konfiantes Maschinenfett
 empfiehlt
H. Hauber.

Dr. Pfeilsticker
 wohnt ab Freitag, den 4. April
Bahnhofstrasse 539!
 Telefon Nr. 110.

Unterzeichnete Vereinigung hat eine den heutigen Verhältnissen entsprechende
Preisregelung ihrer Gebühren
 nach einheitlichen Grundätzen festgesetzt.
 Auch finden bei den Mitgliedern der Vereinigung
Sonn- u. Festtags keine Sprechstunden statt.
Verband der Dentisten
 des Schwarzwaldes und oberen Neckartales

Zigaretten billig!!
 Für dauernde Abnehmer offeriere freibleibend Probefendung sofort frko. je 100 Stück in der Preis-lage von 40, 50, 60 und 80 Pfg. statt 250 Mk. also
 400 Zigaretten nur 171.— Mk.
 Versandkosten 2.— Mk.
 173.— Mk.
 Garantie: Zurücknahme sofort od. an jed. beliebigen Tag bis 31. 12. 19. Preise stetig enorm.

Zigaretten billig!
 Postpaket sofort franko
 1000 Stück . . . 75.— Mk.
 Versandkosten . . . 2.— Mk.
 geg. Voreinendung 77.— Mk.
 (auf Postcheckkonto 41 575).
Wolff E. Müller, Frankfurt a. M., Postfach 187.

Bestes Dörrroß
 kaufe ich jedes Quantum: Apfel, Birnen, Nuzeln zu M. 4.50; Schnitz- u. Zwetschgen oder Kirschen gleichmäßig gem. z. M. 4.60; Zwetschgen oder Kirschen allein zu M. 4.70 per Pfund, Netto-Gewicht, sofortige Kasse, Verpackung frei, Postpaket franko, per Bahn ab dort. Die Ware kann sofort an mich zum Versand gelangen und zwar falls Bahnversand per Eilgut. Bei Lieferung von mindestens 1 Str. franko Stuttgart bezahle ich 10% mehr.
Robert Hallmayer, Großhdlg.
 Stuttgart, Telefon Nr. 546. Aufkaufsberechtig.

Sämtliche
Haararbeiten
 fertigt rasch und billig
J. Obermatt Friseurmeister
 Calw.

Konfiantes Maschinenfett
 empfiehlt
H. Hauber.

Wöchnerinnen Kranke
 decken Ihren Bedarf in der
Mitter-Drogerie
 Calw.

Ohne Nachzahlung zu 2 Ziehungen gültig.
Zweite Württg. Säuglingsfürsorge-Geldlotterie
 1. Ziehung li. April 1910, 425 Geldgewinne Mark
80000
 2. Ziehung Geldgewinne Mark
51000
 Hauptgewinne Mark
25000
10000
 Löspris 2 M., 6 Lose 11 M., Porto und 2 Listen 60 Pfg. Nachn. 20 Pfg. mehr. In allen Verkaufsstell. u. Generalvertr. J. Schweickert, Stuttgart Marktstraße 6. Ohne Nachzahlung zu 2 Ziehungen gültig.

Raue ständig Fleisch
 von gefall. Vieh, jeder Art, zu Fischfütterzwecken Ankauf amtlich erlaubt
H. Gropf Mohrdorf-Mag.
 Telefon 60.

Halloh! Telefon 41
 Maschinenhandlung
Max Zucker
 Weilderstadt.
 Können Sie liefern: **sofort Maschinen, Geräte, Ersatzteile?**
 Januol ne ist auf Lager.
 Litta als Gültig, Frachtgut, Expres, per Post?
 Können die Reparaturen sofort fertigstellen werden?
Januol!